

## Sollen die Ölmultis weiter von der Krise profitieren können oder nicht?

**Politik** In der Debatte über eine „Übergewinnsteuer“ vertreten die hiesigen Abgeordneten Derya Türk-Nachbaur (SPD) und Thorsten Frei (CDU) gegensätzliche Standpunkte. Sie ist unbedingt dafür, er ist strikt dagegen.

Die Verbraucher hierzulande ächzen unter hohen Energiekosten. Bald schon sieht sich jeder zweite Haushalt mit einer Gasumlage konfrontiert (wir berichteten), und der „Tankrabbatt“ der Regierung läuft aus. Dahinter steht die Befürchtung, dass es ohne diese staatliche Entlastung an der Zapfsäule bald wieder teurer werden dürfte.

Nach der Einführung des Tankrabatts im Juni herrschte vielerorts Verwunderung. Denn die Spritpreise – ins Uferlose gestiegen – gingen nicht wie erhofft sofort runter. Medien wiesen nach, dass die Mineralölkonzerne stattdessen tüchtig abkassiert haben. Deshalb diskutiert man die Einführung einer Übergewinnsteuer.

### Abzocke an der Zapfsäule

Beim Liter Super lag die Ersparnis Anfang Juni im Idealfall bei 35 Cent und beim Diesel bei gut 17 Cent. Doch laut einer Auswertung, über die die Online-Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Focus“ berichtete, hatten etwa 7400 Tankstellen die Preise für den Liter Super, E10 und Diesel angehoben, und zwar um bis zu zehn Cent. Einige wenige Betriebe gingen sogar um bis zu 20 Cent in die Höhe. Und das nur wenige Stunden vor Einführung des Tankrabatts – dreiste Abzocke an der Zapfsäule.

Eine Übergewinnsteuer könnte Gewinne abschöpfen, die aus solchen preispolitischen Manövern resultieren und über einen „Normalgewinn“ hinausgehen. Mit dieser Abgabe wäre es möglich, Energiekonzernen einen Teil ihrer kriegsbedingten Profite abzunehmen. „Windfall Profits“ nennen Ökonomen jene unverdienten, anstrengungslosen Gewinne, die jetzt die Gerechtigkeitsanhänger der Parteien auf den Plan rufen. Obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz und Finanzminister Christian Lindner gegenhalten, wächst der Druck in der Ampel-Koalition, diesen durch den Krieg in der Ukraine bedingten Profit auch in Deutschland durch eine Übergewinnsteuer abzuschöpfen, wie sie in anderen europäischen Ländern vorgesehen ist, etwa Großbritannien oder Ungarn. In Italien gilt sie sogar rückwirkend.

### Gegensätzliche Positionen

Zu den Befürwortern einer Übergewinnsteuer gehört auch Derya Türk-Nachbaur, SPD-Abgeordnete aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis. Strikt dagegen ist ihr CDU-Kollege Thorsten Frei, Wahlkreisabgeordneter von hier und Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag. Das machten beide Politiker in Interviews mit der NECKARQUELLE-Redaktion deutlich. Das Gespräch mit Thorsten Frei haben sie in der



Derya Türk-Nachbaur (SPD) befürwortet die Einführung einer Übergewinnsteuer, um die enormen Krisenprofite der Energiekonzerne abzuschöpfen. Ihr CDU-Kollege Thorsten Frei allerdings ist dagegen. Er glaubt, dass die satten Krisengewinne auch über das bestehende Steuersystem abgegolten werden.



Fotos: Christian Thiel/Eric Zerm/NQ-Archiv

gestrigen Ausgabe gelesen, jenes mit Derya Türk-Nachbaur finden Sie heute weiter hinten im Blatt.

Auch Wirtschaftsfachleute sind sich uneins. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) plädiert wie Politiker von SPD und Grünen für eine solche Steuer und fürchtet, dass der größte Teil der drei Milliarden Euro an Steuergeldern, die der „Tankrabbatt“ kostet, in den Taschen der Mineralölkon-

zerne landet. Der unabhängige Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen indes hat eine Übergewinnsteuer abgelehnt.

Übergewinne in der Praxis abzugrenzen und auf dieser Grundlage besteuern zu wollen führe zu „willkürlichen Belastungen und Verzerrungen in der Produktionsstruktur“.

Diese Argumentation macht sich auch Thorsten Frei zu eigen.

„Eine Übergewinnsteuer würde bedeuten, dass sich Unternehmen auf nichts mehr verlassen können“, sagte er der NECKARQUELLE. „Ich möchte nicht, dass sie durch eine Anordnung der Regierung plötzlich ein x-faches an Steuern zahlen müssen. Beim Tanken muss man tatsächlich genau hinschauen.“ Gegebenenfalls müsse das Kartellrecht verschärft werden, um den Mineralölmarkt wieder in Balance zu

Autofahrer müssen in Krisenzeiten fürs Tanken tief in die Tasche greifen, während die Mineralölkonzerne enorme Profite machen. In der Politik wird nun diskutiert, ob eine Übergewinnsteuer eingeführt wird.

bringen. Derya Türk-Nachbaur indes bezeichnet sich selbst als eine „sehr starke Befürworterin der Übergewinnsteuer“. Sie meint: „Irgendwo muss das Geld für Entlastungen der Bürger ja herkommen. Und warum sollen wir nicht jene zur Kasse bitten, die an dieser Krise exorbitant viel verdienen?“ Die Übergewinnsteuer sei gerecht, weil Energiekonzerne „teilweise das nicht weiter geben, was weiter gegeben werden soll.“

### Gewinnprognose erhöht

Für SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz ist zwar eine Übergewinnsteuer „derzeit nicht vorgesehen“, doch auch die Parteichefin der Sozialdemokraten, Saskia Esken, trommelt wie viele andere Sozis und Grüne, unter ihnen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, für die Einführung der Abgabe für Strom- und Mineralölkonzerne. Die verdienen alle prächtig – zuletzt hatte etwa RWE seine Gewinnprognose um 1,5 Milliarden Euro erhöht. rat

# 3

Milliarden Euro hat der Tankrabbatt den deutschen Steuerzahler gekostet.